

KAPITEL 5



Legendärer Tisch der Kommune I in der Mainzer Straße 1990 Foto: Umbruch

KOMMUNEN UND AUTONOME – WAS HABEN DIE MITEINANDER ZU TUN?



Foto: Umbruch

Scheinbar erst einmal wenig. Jedenfalls wird in den jeweiligen Szenen alltäglich wenig Bezug aufeinander genommen. Am ehesten in der Form, daß einige KommunardInnen aus linken Strukturen stammen. Zunächst einmal gibt es Ansätze, in denen sich die beiden Formen von Leben und Aktion decken: z.B. bei Kommunen, die sich als links, anarchistisch begreifen, Neuland in Organisation von solidari-

schem Leben betreten, die sich je nach Schwerpunkt und Interesse lokal oder überregional in Alltagspolitik einmischen. Oder die besetzten/legalisierten Häuser in den Städten, die Freiräume für ähnliche Experimente gegen den üblichen Individualisierungsdruck, Konsumzwang usw. bieten. Trotzdem ist es nicht so, daß beide Begriffe, Kommune und autonome Politik sich decken oder auseinander hervorgehen müssen. Klarer Fall: umfaßt doch Kommune-Leben auch mehr als nur den politischen Ausdruck, also auch soziale, psychische, materielle, ökonomische Aspekte. Andererseits gilt das Gleiche auch für unsere städtischen linken Bezüge. Jedenfalls ist es nötig, die kritische Anfrage an uns zu stellen, ob nicht jeder politische Anspruch und dessen Umsetzung in Aktion oder längerfristiger Organisation auch einen gehörigen Anteil an sozialen Auseinandersetzungen, materiellen und ökonomischen Grundlagen beinhaltet. Sceneaktivismus ist eine Seite, Generationskonflikt bis hin zur Kinderfrage, oder Kohle durch beliebige, individual- Jobs die andere. Ich werde mich jetzt darum drücken, genauere Analysen oder Definitionen zu suchen, weil sich die beiden Szenen auch als viel zu vielschichtig darstellen.

Grob scheinen mir die Charakteristika von linker autonomer Struktur folgende zu sein: Ein alter Slogan hieß „Autonome – mehr als nur Politik“. Was soviel bedeutet: Politischer Ausdruck wird selbst in die Hand genommen, nicht den Profis in Gremien und Partei überlassen. Politik passiert überall dort, wo wir leben, zuhause, auf der Straße, am Arbeitsplatz. Und Politik ist nichts tierisch Ernstes, wir handeln solidarisch verantwortlich und haben unseren Spaß dabei. D.h. wir machen Feste auf der Straße, machen Musik, malen unsere Häuser an, in denen wir nicht mehr vereinzelt Freiräume für noch viel mehr Sinn und Unsinn haben. Manchmal tragen wir auch mit viel politischem Pathos unsere Argumente vor, handeln unsolidarisch auf Demos, leben abgeschnitten in unserem Sceneghetto und regeln unseren Broterwerb auch noch ganz individuell und selbstentfremdet.

Die Thesen über Kommune faß ich mal mit den „3 K“ zusammen: Kollektiv, Kasse, Konsens. Also Arbeit in Selbstbestimmung, gemeinsame ökonomische Verbindlichkeit und nicht-hierarchische Entscheidungen. In der Regel auf dem Land, weil in Abgrenzung zum unattraktiven Stadtleben (z.B. wegen ungesund oder unökologisch). Das Spektrum der inhaltlichen Orientierungen, so sie überhaupt festgelegt vorhanden sind, reicht von Spiri über Öko bis Polit, in allen denkbaren Schattierungen. Im übrigen beginnt die Geschichte der Kommunen der neueren Zeit in der Stadt, 1968 mit der K1 in Berlin.

Jedenfalls gibt es nach meinem Verständnis mehr Berührungspunkte von linker Politik und Kommune und umgekehrt, als gemeinhin sichtbar wird. Mir scheint, konkret lebende Kommunen sind ein blinder Fleck der radikalen Linken. Umgekehrt haben Kommunen, die

sich als irgendwie links geartet begreifen, kaum Bezug zu autonomen Strukturen. Im folgenden Text versuche ich einige Probleme beider Teile der Linken aus eigenem Erleben und aus Texten autonomer Veröffentlichungen zu beschreiben. Der Blick auf das jeweils andere „Lager“ soll neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen, in denen die Potentiale beider genutzt werden können. Die zentrale These wird dabei sein, daß sich „äußere Arbeit“, sprich politische Aktion und Militanz, und „innere Arbeit“, also gelebte soziale Prozesse nur zusammen zur Emanzipation ergänzen können, das eine ohne das andere keinen Bestand hat. Dies wird im größeren, 4. Textabschnitt beschrieben werden. In den ersten Abschnitten stelle ich das Szenario auf, unter dessen Bedingungen städtischer politischer und sozialer Alltag erfahrbar ist. Diese Erfahrungen ergeben den Hintergrund für notwendigen Handlungsbedarf im Sinne eingreifender linker Politik, hier beschrieben aus Erfahrung mit einer kommunitären Wohn-Großgruppengemeinschaft. Dieser Teil der Beschreibung ist z.T. stark biografisch durchzogen, was daran liegt, daß das Formulieren der Gedanken zum Zeitpunkt des Schreibens mir selbst Klarheit in der Frage geben sollte, ob ich die Stadt der Perspektive, auf dem Land zu leben, weiterhin vorziehen soll oder nicht.

Biografische Notiz

Ich lebe in Berlin. neu von 34 Jahren in derselben Großgruppe. Davor vier Jahre in einer anderen Großgruppe, auch in dieser Stadt. Vor Berlin: (die ersten) drei (Lebens-) Jahre in einer Kleinstadt. In städtischen Bezügen hab ich mich eingelebt, eingearbeitet, finde ich Um- und Abwege für mein Auskommen und habe ich mein soziales und mein politisches Umfeld. Ich agiere hier. „Arbeit“ findet nicht nur als Erwerbstätigkeit statt: Das Lernen an der selbstverwalteten Schule verwaltet „sich selbst“ (wer das wohl macht?), das Großgruppen-Wohnprojekt Zorrow verwaltet „sich selbst“. Beide Institutionen finden sich wiederum in den Schlingen von Mietspekulation/Kündigungsdrohung/städtische Umstrukturierung wieder, also gibt's auch da genug zu tun: Freiraum- und Wohnraumsicherung. Mittlerweile wird dieses Thema wieder aktuell, auch für uns: Das Wohnprojekt Zorrow hat seine Wurzeln unter anderem ja auch in Wohnungskampf-/ Besetzungszeiten Anfang der 1980er. Die damals abgeschlossenen Verträge laufen 1998 aus.

Freundschaften von mir leben mit mir in diesem Haus, andere außer Haus. Immer mehr wollen die Stadt verlassen. 1989 begann mit den offenen Grenzen um Berlin ein Prozeß, der mich bis heute zwischen Faszination und Depression hin und her wirft. Der Faszination über neue Möglichkeiten, die sich 100 Meter weiter die Straße an un-

serem Haus entlang hinter der gefallenen „Mauer“ auftun. Und der Depression darüber, mich mit neuen Veränderungen abmühen zu müssen. Veränderungen, die ich letztlich als Verlieren von Lebensqualität, nicht im ökologischen Sinn, sondern viel krasser im sozialen/psychischen/physischen Sinn erlebe. Und Veränderungen, die mich als „Wessi“ wiederum doch weniger treffen müßten, als Menschen der ehemaligen DDR, denen ganz andere Kontinuitäten verloren gehen und gänzlich neue Zustände vorgeknallt werden, in denen ich mich wenigstens nicht ganz so neu orientieren muß. Trotzdem tut sich auch für mich und jede/n hier genug, was Verunsicherung auftreten läßt und Orientierung nötig macht.

Lamento über die Unerträglichkeit des Normalzustandes

Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Vereinzelung, Entwurzelung sind überall immer deutlicher sichtbar. Steigende Gewaltbereitschaft, die Neigung, einfachste, von rechts propagierte Losungen aufzunehmen, sind nur ein Weg von vielen, in denen sich diese Situation ausdrückt. Die sozialen Umstände folgen aus den politischen Vorgaben: Umverteilung, Entgarantierung, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit. Das alltägliche Ausleben von Gewalt, Fremdenhaß und Minoritätenausgrenzung lerne ich als den gesellschaftlichen Normalzustand zu begreifen, nicht etwa in dem Sinn, daß der Normalzustand dadurch hinnehmbarer wird, sondern erst überhaupt verstehbar wird, wenn sich jetzt wieder auslebt, was schon lange in noch viel mehr Köpfen als vermeintlich nur bei den „Glatzen“ drin war. Das hat Bedeutung für den Umgang mit dieser Situation: Was nützt es, sich mit immer einzelnen Glatzen zu schlagen (hab ich sowieso zuviel Angst vor), wenn es das gesellschaftliche Bewußtsein um sie herum ist, das erst hervorbringt, dann trägt und opportunistischerweise auch wieder fallen lassen kann, ohne daß sich das zugrundeliegende „Normalbewußtsein“ je selbst in Frage stellen müßte, geschweige denn sogar veränderte.

Fluchttendenzen

Daß Freunde und Bekannte, die mir nah sind, zunehmend die Offenheit der Stadt nutzen, sich von Berlin wegzuorientieren, in andere Städte oder aufs Land gehen oder gehen wollen, verunsichert mich, zusätzlich zu meiner Verunsicherung über die Ertragbarkeit der Zustände um uns herum. Ich will nicht gehen. Andere sehen für sich keine andere Lösung. „Ökologisch leben“ ist da oft nicht der wichtigste Grund, von hier wegzugehen. Öko kannst du dir auf dem Land in der

Regel auch abschminken, wenn du z. B. auf eine Klärschlamm und sonstwie vergiftete ex-LPG gehst. Machen trotzdem einige. Die Preise können ja nur noch steigen.

Die individuelle Stadtperspektive

Ich will die Gedanken zu meinem Stadt-Dasein mal so zusammenfassen: Ökologisch gibt's hier nicht viel zu holen, außer üblicherweise in einem Bioladen. Wo die ihren Kram herhaben, ist mir aber auch schon gar nicht mehr so transparent bzw. die Vermarktung genauso wenig geheuer wie woanders auch. Und die x-te Variation einer besonders exotischen Pastenmischung bedient auch nur die gleichen Konsumgewohnheiten wie sie jedes Kaufhaus bedient. Gemüse aus dem Wendland? Kommt auch von ganz schön weit her. Berliner Umland? Wie gesagt, LPG und deren Altlasten. Also nicht so einfach. Obwohl ich mir auch immer wieder weniger Entfremdung von dem wünsche, was ich mir in den Mund schiebe. Oder gern mehr wüßte über die Pflanze, die sich um mich herum, zwar nicht so vielfältig, aber immerhin findet. Stadt verstehe ich also als einen extremen Biotop, ökologisch arm.

Und sozial? Auch arm? An diesem Punkt ist meine Haut sehr dünn geworden. Durch die geballte Vielfalt gibt es einen unglaublichen Reichtum an verschiedensten Möglichkeiten, sich und andere zu erleben. In der Masse schlägt dieser Reichtum in Anonymität und Vereinzelung um, wird dadurch zu einer unglaublichen sozialen Armut an Kontaktform und -fähigkeit. Masse macht anonym verwertbar, nivelliert das „Normale“, durch das das „Abweichende“ (Hautfarbe, Sprache, Sitten, Gebrechen, Behinderung, Sozialfähigkeit, Obdachlosigkeit) diskriminiert und nicht mehr angenommen werden kann. Daher dann die exzessive Notwendigkeit, sich als Individuum erkennbar zu machen, über (Status-)Symbole oder über Graffiti Kürzel als gesetzte „Marken“ an Wand und Bahn. Ein Überflutet-werden von Eindrücken, daß ich es oft kaum ertrage, mit dieser wahllos zusammengewürfelten Menge in den gleichen U-Bahn-Wagen eingeschlossen zu sein. Nächste Station kann ich ja aussteigen. Trotzdem ist mir jeder mitteilungsbedürftige Betrunkene grad zu nah gewesen. Permanent grenzenlos Objekt sein. Dann denk ich mir wiederum, was soll's, das sind doch alles momentane subjektive Befindlichkeiten, anderen geht's ähnlich im Erleben der Konflikte auf der Straße, der Arbeit. Wir agieren daraus, im üblichen Sinn politisch u.a. im Zusammenleben in einer Großgruppe, um den Individualisierungstendenzen um uns herum etwas entgegenzusetzen.

Kollektive Perspektive

Die Motive, bei Zorrow zu leben, mit denen das Projekt begonnen wurde und wie wir es heute weiterführen, können beschrieben werden als ein Miteinander, uns weiterentwickeln wollen, zusammen Spaß haben, zusammen auch ökonomischer und ökologischer leben können als getrennt mit jeweils eigenem Hausrat. Faktisch ist hier bei Zorrow jede Weiterentwicklung ein zähes Ringen aus konservierendem Sicherheitsbedürfnis und lustvollen anarchischen Vorstößen, Abgrenzung und Einmischung. Weil aber auch das Private politisch ist, weil es mich und uns prägt, hält, stützt, unterstützt, auch in unseren Herrschaftsprivilegien, z.B. als AkademikerInnen und Männer, ist auch Zorrow politisch, ist mir diese Gemeinschaft Anlaß und Halt für Auseinandersetzung: Meine Perspektive ist aber nicht nur durch diese Gruppe bestimmt, sondern durch Menschen und Projekte hier um mich herum. So befinde ich mich, und darüber auch die Gruppe Zorrow, immer wieder in Rückkoppelung mit unserer „Umgebung“, genauso, wie andere von uns sich und ihre Lebens-/Wirkbereiche bei Zorrow direkt oder indirekt einbringen – Schule, Kinder, Musik, Architektur, Kirche, Umweltschutz, Asyl, Aktion, Besinnung, Beziehung,...

Immer wieder finde ich beides bei Zorrow, Chance und Überforderung. Überforderung, auf die Vielzahl der verschiedenen Einflüsse, Erfahrungen, konkreten Anlässe eingehen und agieren zu müssen, und Chance, eben doch als Gruppe oder Teile davon etwas von diesen Anlässen aufgreifen zu können und daran Ideen oder Handlungen zu entwickeln. Wichtig ist mir daran, in unserem eigenen sozialen Bezug und damit gekoppelt in den Bezügen um uns herum – räumlich oder inhaltlich nah – zu leben, verbunden und verbindlich zu sein in einer Auseinandersetzung.

Großgruppe und Kiezintegration, Ghetto oder Nachbarschaft mit Einflußnahme, am Beispiel: Neonazis in der Nachbarschaft

Zorrow lebt relativ isoliert in seiner Nachbarschaft. Mit unseren nächsten Nachbarn – MieterInnen des Vorderhauses und eines Seitenflügels – verbindet uns wenig alltägliches. Wir sehen und grüßen uns. Ein Mieter im Vorderhaus war früher mal selbst Zorrow, eine andere Mieterin aus dem Seitenflügel ist in unsere Gruppe eingestiegen. Wieder andere nutzen unsere Werkstätten mit, haben ein oder zwei Mal in



Foto:
Zorrow

unserem Veranstaltungsraum ihre Feste gefeiert, kaufen uns Getränke ab. Wir haben versucht, die Hofgestaltung mit allen MieterInnen zusammen durchzuführen, einige haben auch mitgemischt und tun's noch. Meist gibt es einmal im Jahr ein Hoffest. Vom Gefühl lebe ich hier näher mit diesen Mit-MieterInnen auf diesem Grundstück als in einem „normalen“ Haus, auch wenn im Alltag nicht so viel zu sehen ist. Nagelproben, bei denen unsere Hilfe angefragt, Einmischung angesagt war, kamen/kommen selten vor, gibt es aber (Gewalt, sexistische Bedrohung, Schulden, Knast, Rausschmiß, Obdachlosigkeit...). Unser Umgang damit war selten strittig, wenn wir dort hingehen konnten, wo Einmischung nötig war, warf aber große Probleme auf, wenn die Nachbarn sich bei uns einmischten oder aufgenommen werden wollten/unterkommen mußten. Die eine oder andere Anfrage an uns wegen Werkstattnutzung kommt auch schon mal aus der weiteren Nachbarschaft unserer Straße. Aber eigentlich gehen wir dort genauso in Anonymität unter wie jedes andere Mietshaus auch.

Wir haben dann noch eine erweiterte „Nachbarschaft“ im „organisierten“ Sinn: ebenfalls ehemalige Bauselbsthilfeprojekte, Drogen-selbsthilfe, Kneipen, ein Sozialselbsthilfeladen, Infoladen, Antifacafé, drumherum sich dazusortierende Einzelne oder WGs. Man/Frau kennt sich, sieht sich, hat z. T. schon eine längere Geschichte miteinander, gemeinsam durchgeführte Straßenfeste, Kiezküchen mit Essen und Diskussion, Kiezpalaver, Zusammenzugspläne etc. Die meisten dieser Einrichtungen sind jetzt schon länger nicht mehr lebendig. Nicht ohne unser Zutun: Wir haben uns die letzten Jahre auch sehr zurückgezogen.

Die aktuelle Beistandsnachfrage von einem Projekt um die Ecke wegen neonazistischer Übergriffe lassen derzeit die „organisierte Nachbarschaft“ wieder aufleben. Neben denjenigen Menschen um uns herum, die bei der letzten Bezirksparlamentswahl eine satte Stimmenanzahl für rechte extreme Parteien repräsentieren, hat in unserer näheren Nachbarschaft ein bekannter Neonazi sein Domizil: W.A. Priem, Gründer und Kader der GdNF (Sammlungsbewegung aller BRD-Neonazis) und Chef der Nazigang „Wotans Volk“. Neonazismus und rassistische Überfälle also nicht aus der Glotze, sondern „live“ um die Ecke. Was heißt dann aber der Buttontext „Wir greifen ein“ für uns? Wenn z. B. der abgemachte Anruf der Telefonkette kommt, weil in der Nähe Faschos wieder randalieren? Abgesehen von der Einsicht in die klare Notwendigkeit, dort dann hinzugehen, mindestens um präsent zu sein, je nach Vorbereitung und Zutrauen auch um eingreifbereit zu sein, stellt sich mir immer deutlicher die Notwendigkeit, an den Ursachen zu arbeiten, lange bevor es erst nötig wird, sich auf diese Ebene der Auseinandersetzung auf der Straße einlassen zu müssen. Ich nehme da bisher zwei grundsätzliche Strategien wahr. Eine not-

wendig kurzfristige, die dem Druck der aktuellen Situation folgt, und eine langfristige, mehr perspektivische Herangehensweise. Eine Diskussion um Wahl der Mittel bzw. die gegensätzliche Interpretation der derzeitigen Situation und die Perspektive der Herangehensweise im Umgang mit neonazistischer Agitation und Aktion ist im Moment auch schon entbrannt und drückt sich u.a. in einem Streit zwischen der Zeitschrift „radikal“ und der Gruppe „L.U.P.U.S.“ (Frankfurt/Main) aus. Für die einen ist das „Vierte Reich“ angebrochen, der Krieg am laufen, Menschen mit ihrem Leben bedroht auf der Straße, in ihrer Wohnung, im Heim. Daher müssen Neonazis angegriffen werden, damit auf diesem Weg ihre Aktionen verhindert werden, sie persönlich eingeschüchtert werden oder sie bei stillen MitläuferInnen ihre Attraktivität verlieren. Die zweite Interpretation geht von der Nutzlosigkeit der – nur – militärischen Lösung aus, die sich nur an Fascho-Skins und einigen Kadern als dem peripheren Symptom abarbeitet, solange die Mitte der Gesellschaft, also die Masse der „NormalbürgerInnen“, in der das neonazistische Gedankengut seine eigentliche Verankerung hat, das tobende Nazi-Skins trägt und hervorbringt und gleichzeitig sich naiv-verlogen von ihnen abwenden kann, nicht im Zentrum von Analyse und Aktion steht.

In der zweiten, langfristigen Strategie sehe ich eher auch eine Perspektive für Kommunen und Gruppen wie unsere, gerade wegen der Vielzahl der je nach Möglichkeit und Fähigkeit abstufbaren Eingriffsmöglichkeiten, ohne daß ich die Notwendigkeit von konkretem Schutz, auch jetzt sofort, leugnen werde. Gedanken zur Abwehr von rechtem Gedankengut setzen im sozialen Umfeld von potentiell „Rechts-Anfälligen“ an: und das heißt überall. Gemeinsame Konflikt-erfahrung und Versuche von solidarischer Konfliktlösung, nicht sozial-doziert, sondern authentisch erfahren, als gemeinsame Lebensqualität mit Ausstrahlung, in einer sozialen, nicht-anonymen Nachbarschaft, Kiez, Bezirk, erlebbar machen durch Sich-einmischen wäre also unser Teil der Perspektive von langfristiger Antifa-Arbeit (und nicht nur der). An diesen Weg stellt sich natürlich die berechtigte Anfrage, ob eine sozial verbindliche Verknüpfung so vieler Menschen in einem städtischen Zusammenhang überhaupt leistbar ist. Und, ob dazu überhaupt noch die Zeit besteht, angesichts der konkreten Bedrohung durch Gewalt jetzt schon; ob durch langfristige soziale Vernetzung nicht Zeit vertan wird, in der durch Pogrome und Gewaltanwendung schon wieder zu viele Opfer zurückbleiben. Andersherum bleibt mir die Frage an den militärischen Weg jetzt: wie kann durch kurzfristige Aktionen die langfristige Veränderung entstehen, die jedoch nur durch Erfahrung und Verankerung im Bewußtsein von Menschen tragfähig werden kann und damit erst lebbar wird, unabhängig von drohender Repression und ihr auch nötigenfalls standhaltend.

Berührungängste von Autonomen und Kommune

Auch wenn's jetzt manchmal ein bißchen „globaler“ wird: Die nächsten Gedanken über Veröffentlichungen von vermutlich Nicht-KommunardInnen stehen für mich immer im Zusammenhang von Gemeinschaft in städtischen sozialen Bezügen, mit politisch linker, radikaler (kann auch heißen: anarchistischer, sozialistischer, revolutionärer statt bürgerlicher) Identität, bezogen auf gemeinschaftliche, komunitäre Strukturen, in denen diese Identität erfüllbar wäre oder ist. Die ausgesuchten Texte beschreiben Vorstellungen von Wegen aus einer Krise linker radikaler Politik. Ich stelle dem meine Interpretation hinzu. Wenn es so ist, daß die meisten von „uns“ das übliche Einzelwohnen, die Klein-WG, die übliche fremdbestimmte Billigmaloche, die Beziehung nach Feierabend usw. leben, muß das wohl heißen, das „wir“ das auch so wollen, oder es einfach bequemer und leichter so ist. Denn, wenn mehr Bereiche meines Lebens enger miteinander verbunden sind, um so sichtbarer würde ich für mich und andere mit allen meinen guten Seiten oder Macken. Das kann Ängste auslösen, zu tief in Befindlichkeiten abzutauchen. Meine These ist, daß „wir“ Autonome, Linke, Schreiberlinge, WG-NeurotikerInnen usw. manchmal vorsichtig mehr meinen, als „wir“ sagen. Z.B. denke ich, das ich in dem, was ich von „uns“ lese und höre, oft drinsteckt: Komm, laß es uns zusammen anpacken, nicht mehr alleine arbeiten, streiten, wohnen, lieben, was neues wagen... Arg verschlüsselt, damit es nicht gleich allzu ernst genommen werden muß, aber mutwillig doch herausinterpretierbar. Genau dieses Entschlüsseln will ich im nächsten Abschnitt einmal tun.

Autonome Sinnkrise und Orientierung, Visionen, die auf komunitäre Lebensweisen hindeuten

Über die letzten Monate und Jahre gibt es innerhalb linksradikaler Strömungen, genauer einigen organisierten Zusammenhängen von Antifa und Autonomen (letztlich bis hin zu RZ und RAF), sowohl in West- als auch in Ostzusammenhängen, mit jeweils unterschiedlicher Interpretation der Situation und der Vorgehensweise, ein umfangreiches Schrifttum zu einer Neubestimmung von Werten in einer Phase der Orientierungslosigkeit. Die Ausgangsbedingungen sind so unterschiedlich wie die Organisationszusammenhänge, und ich werde sie nur anreißen. Den meisten Analysen gemeinsam ist die Bekundung einer Perspektivlosigkeit, einhergehend mit dem vermeintlichen „Sieg des Kapitalismus“, spätestens seit dem Mauerfall und der Auflösung der SU. Und: „Wir“ schreiben über uns, also mehr oder weniger solidarisch füreinander, aus autonomer, undogmatischer Sicht.

Schon vor '89 gab es Anzeichen von autonomer, linksradikaler Krise, die sich durch unsere offensichtliche Nicht-Relevanz in sozialpolitischen Auseinandersetzungen um z.B. Jobbermentalität ausdrückte. Der Häuserkampf war schon fast wieder 10 Jahre her, Mieten und Arbeitslosigkeit stiegen weiter, Lastenumverteilung, Produktionsumstrukturierung schritten voran. „Die militante Isolation“ aus den Niederlanden gibt eine Zustandsbeschreibung der 80er Jahre, die auch für die damalige BRD zutrifft (aus Clash #1, 10/90 und Clash #2, 1/91):

„Die radikalen Linken stehen an der Seite und gucken zu. Sie wissen absolut nicht, was sie mit den sozialen Konflikten anfangen sollen. Das ganze politisch-ökonomische Terrain war in all den Jahren vollkommen vernachlässigt worden. Es wurde immer deutlicher, wie eingeschränkt die Anzahl an gesellschaftlichen Bereichen gewesen war, in denen die Bewegung anwesend war. Das selbstbestimmte Leben hat angefangen, einen hohen Preis zu fordern; in den Freiräumen zurückgezogen war die radikale Bewegung meilenweit von der Realität des täglichen Lebens entfernt.“ „So wie es ein berechtigtes Bedürfnis gab nach Freiräumen, haben wir sie auch in selbstgewählte Ghettos verwendet. Genauso scharf, wie wir die Trennungslinie zwischen unserem schönen selbstbestimmten Leben und der Gesellschaft gezogen haben, kam bei uns das Bewußtsein hoch, das es eigentlich unter uns genauso mies laufen konnte.“

...wie in dem Rest der Gesellschaft also auch. Denn: Auch wir sind Teil dieser Gesellschaft und erst einmal auch nicht besser als sie. Damit sind die immer wieder aufbrechenden und auch unter uns nie abgeschlossenen Auseinandersetzungen um Hierarchien, Sexismus, Rassismus,... als permanent bleibendes Problem angerissen. Außerdem benennt der Textausschnitt als problematischen Umstand unsere fehlende Verankerung in sozialem Leben über die eigene Szene hinaus. Eine Feststellung, die sich in unseren Texten und Erfahrungen bis heute durchzieht und den eigenen Realitäts- und Relevanzverlust wieder spiegelt. So auch in der Auseinandersetzung, wer wem die Straße überlassen hat, die Linke den Rechten? Und wie wird sie wieder zurückgewonnen? Z. B. bei „L.U.P.U.S.“: „Kultur und Straße“ in Interim #209, 10/92, als Antwort auf die „radikal“-These vom Verlust der Straße in Auseinandersetzungen mit Rechten und Nazis. Auch „L.U.P.U.S.“ vertritt die These vom Verlust durch freiwilligen Rückzug z.B. auf militante Kulissen wie Bauzaun, Wald, Wiese, jedenfalls raus aus dem alltäglichen Leben in Lohn-/Arbeits-/Lebensverhältnissen, für die wir nur noch individuelle Lösungen finden, die ohne soziale Utopie bleiben und somit auch ohne Ausstrahlung sind und bleiben.

Zur Vorbereitung und Mobilisierung auf den Anti-Weltwirtschaftsgipfel in München entsteht in einer Bestandsaufnahme linker radika-

ler Politik eine Beschreibung von Utopieverlust und Inhaltsleere mit dem Bedarf einer Neubestimmung („In die Herzen ein Feuer“ Interim #187, 4/92, WWG-Text):

„Das (die Antworten auf die Frage, was ist revolutionäre Politik, Anm. Verf.) war oft eindimensional und hat spätestens seine Brüchigkeit bewiesen, wo der Inhalt unseres Kampfes in all unseren Handlungen, Diskussionen, Organisation und Beziehungen nicht mehr spürbar war.“ „Wir bewegen uns zum Großteil mit Initiativen und Überlegungen in der erzwungenen aber auch freiwilligen sozialen Ausgrenzung, quasi in einem der vielen Segmente oder gar Nischen einer vielfach gespaltenen und zergliederten Gesellschaft. Wie viele von uns denken noch in Kategorien von Wegen und Lösungen für die Probleme der ganzen Gesellschaft?“ „Aber auch diejenige(n), die innerhalb (? , Verf.) leben und erhebliche Widersprüche haben und vieles ganz anders wollen, sind vereinzelt. Es gibt keine sozialen und politischen Organismen, in denen gemeinschaftliches Leben stattfindet und die ihren Protest und Widerstand ausdrücken können. (...) Mehr denn je müssen wir uns mit der sozialen Dimension unserer Politik auseinandersetzen.“

Als soziale/politische Organismen mit gemeinschaftlichem Leben werden dann „Volksorganisationen“ oder „Basiskomitees“ genannt, ohne diese jedoch genauer zu beschreiben. Die „militante Isolation“ (s.o.) meint ähnliches, wenn sie von dauerhaften, langfristigen Projekten schreibt, um aus der kollektiven Unverbindlichkeit herauszukommen, wobei verbindliche Struktur in diesem Fall Infoläden, Zeitungen, offene Bezirksgruppen meint. Der WWG-Text greift aber noch weiter: Gemeinschaftliches Leben, in sozialen und politischen Organismen, das umfaßt meiner Meinung nach mehr als Läden und Initiativen. Wohnen und Arbeit ist in diesen Begriffen mit enthalten, auch wenn vielleicht noch nicht einmal kollektive/kommunitäre Wohn-/Lebens-/Arbeitsprojekte dabei mitgedacht waren. Im weiteren enthält der WWG-Text das derzeit übliche Lamento: „(...) Aktivitäten (beinhalten) zur Zeit keine soziale Utopie, sie sind im Kern abwehrend.“, um dann das Fehlen dieser Utopie auf den fehlenden „umfassenden Begriff der Metropolenwirklichkeit“ zurückzuführen. Dieses habe eben zur Folge, daß immer wieder Brüche beim Finden einer eigenen Identität in den Auseinandersetzungen mit Gesellschaft auftreten, die oft zur Aufgabe der Auseinandersetzung führen. Diese Identität gelte es zu entwickeln, bzw. Räume zu schaffen, in denen dies für uns möglich ist:

„Menschliche Fähigkeiten, gemeinsam sein Leben zu organisieren (kein Single-Dasein), Phantasie (nicht: Horrorvideos) und reale Kommunikation (nicht: Bedienung eines Computers, BTX-Geräts und Game-Boys) usw. verkümmern immer mehr. Auch wir aus der radikalen

Linken spüren, daß der Druck zunimmt. Unsere Organisierung war und ist keine Insel. Viel zu sehr sind wir noch verwoben mit der Alltäglichkeit im Kapitalismus, nur mit anderem Vorzeichen.“ „Also kollektive Prozesse, die nicht nur gegen die Macht vorgehen, sondern die schöpferische Produktivität des Menschen freilegen und schützen. Aus dem Sumpf des eigenen Ghettos können keine gesellschaftlichen Offensiven entwickelt werden.“



Räumung eines Abenteuerspielplatzes in Friedrichshain

Foto: Umbruch

Das lese ich so: Gemeinschaften, in Gesellschaft integriert, soziales Miteinander, Auseinandersetzung mit sich und anderen, um soziale Utopie zu entwickeln und zu gestalten. Und gleichzeitig darin auch die Kritik, soziale Selbstfindung nicht nur als Selbstzweck zu betreiben, denn es geht ums Ganze (die Metropolenwirklichkeit) und nicht um den eigenen jeweiligen Bauchnabel. Und der Prozeß, der dabei dann als Befreiung beschrieben werden kann, wird kein einmaliger Akt sein (ab dem die Welt dann „gut“ ist), sondern die permanente subjektive und kollektive Emanzipation und dabei auch immer Stück für Stück „Herrschaftsvernichtung“ (also nicht erst das eine, dann das andere, egal wie rum).

Damit greift „In die Herzen ein Feuer“ einen sozial und kulturell erweiterten Politik- und Aktionsbegriff auf, den z.B. auch „Autonome zur Lage der Nation“ (Interim # 127, 12/90) verwenden:

„Nur in zähen, langandauernden Kämpfen können Gräben erobert werden, können bestimmte Abschnitte von uns besetzt werden. Ein

besetztes Haus, autonome Presse – aber auch eigenständige Vorstellungen von Musik, Theater, von Bräuchen, Traditionen, Zusammenleben – der Kampf um physische und psychische Gesundheit (...).“

Das Bild von Gesellschaft als eines von Landstrichen, in denen Gräben und Abschnitte von verschiedenen Arten „Herrschaft“ besetzt sind, können die „Autonomen zur Lage der Nation“ wie sie selbst sagen, dem Begriff der „Zivilgesellschaft“ von A. Gramsci entnehmen. (Dieser starb 1937 an den Folgen der Kerkerhaft im faschistischen Italien.) Gramsci's „Zivilgesellschaft“ beinhaltet, daß Herrschaft nicht nur durch staatliche Organe – Parlament, Gerichte, Polizei etc. – verankert ist, sondern auch im Bewußtsein von Menschen, in deren Riten, Ethik, Massenkultur, Religion, Tradition ... Staat also wesentlich in uns selbst existiert. Damit muß Befreiung sich sowohl an subjektive Emanzipation als auch gegen staatliche Institution wenden und bekommt der Abbau von „Staat“ in uns selbst (Gewalt, Hierarchie, Unterdrückung, ...) eine wesentliche Rolle, in jeder alltäglichen Situation, jetzt sofort und immer. Weiter heißt's bei den „Autonomen zur Lage der Nation“:

„Politischer Kampf wird zum zähen Ringen mit vorhandenen Strukturen. Verhandlungen mit kommunalen Behörden um Gelder, Räume etc. gehören zum Instrument des Kampfes ebenso wie Demonstrationen von Durchsetzungsvermögen oder Stärke durch eine militante Demo...“ „Es gibt nicht ein „Zerschlagt den Staat“, wenn „Staat“ ein organisches Fundament (in uns, Anm.Verf.) hat, in dem er wurzelt. Das Vokabular heißt: Kräfteverhältnisse, Taktik, Zähigkeit, Geschick, Vielfältigkeit, Umwälzung.“

Mit diesem so erweiterten Begriff von politischer Aktion wird Alltag bis in jede „Kleinigkeit“ ein Feld für bewußte, politische Handlung. Was sich dann aber in der Umsetzung als Endlos-Arbeit mit den tausenden scheinbar unzusammenhängenden Stolpersteinen von Zwischenmenschlichkeit entpuppt und überhaupt nicht mehr dem „politischen Anspruch“ zu genügen scheint.

So, wie oben wiedergegeben, beschreiben wir (städtische, vermute ich mal, Autonome und radikale Linke) unsere Defizitanalysen von scheiternden Kämpfen und fehlender Perspektive immer wieder auch in Begriffen wie soziales Leben (soziale Revolution), gemeinschaftliche und individuelle Emanzipation, alltägliche Einmischung. Das Bemerken unserer politischen Nicht-Relevanz bringen wir zusammen mit der Ahnung, außerhalb eigener enger Bezüge auch keine soziale oder kritische Relevanz zu haben, weil über die Scene-Grenzen hinaus die Bindungen fehlen oder dorthin keine Ausstrahlung besteht, weil wir auf allgemeine alltägliche Fragen keine eigenen, neuen, emanzipatorische Antworten entwickeln und leben.

Abgesehen von inhaltlichen Standortbestimmungen zu politischer Aktion und Zusammenleben, übersetzen sich mir einige der oben wiedergegebenen Textabschnitte jedoch auch als Beschreibungen von Wohn- oder Lebensgemeinschaften oder Kommunen, in denen Entwicklung und Emanzipation möglich sein soll, aus denen heraus Anstöße zur Befreiung von Individuum und Gesellschaft kommen sollen. Derzeit kann ich innerstädtisch jedoch erst mal höchstens alarmierende Zeichen von WG-Auflösungen ausmachen, allerdings auch wohnungspolitisch ausgelöst, durch großflächige Auflösung von Gewerbemietverträgen, so eben auch der bewohnten Fabriketagen und gebäuden.

Immerhin findet sich doch auch erstaunlich Konkretes zu Kommunen und Lebensgemeinschaften in unserem autonomen/linksradi-kalen Schrifttum. In zwei Beiträgen, Rede und Gegenrede, sind damit jedoch auch schon wesentliche Vor-Urteile über Kommune als Aktions-raum gefällt. In ihren „Streifzügen zwischen Feuer und Flamme“ (Interim #226, 2/93) geht ein „militanter Kern der Autonomen Wolke“, der „Wolkenkuckuckskern“, in einer Zustandsbeschreibung wiederum von der Linken in der Krise mit Utopieverlust aus. Beginnend mit der eigenen militanten Praxis, schlägt ihre Argumentation einen weiten Bogen. Über die Einordnung von Militanz als eigentlich Reflex auf gesellschaftliche, staatliche Gewalt, Militanz, die zwar wichtig sei als möglich gemachte, nachmachbare Praxis, die aber immer über ein „inneres Band“, als Reaktion nämlich, an die gesellschaftliche Macht gekoppelt bleibt, führen sie argumentativ hin zu einem „friedlichen Teil der Militanz“. Weil eben Rebellion und Herrschaft oft als Einheit erlebbar sind, eins sich am anderen nur abarbeitet, Rebellion aber auch in bestimmten Aktionsformen das Gegenüber von Staat braucht oder z.B. als „Gegenmacht“ wieder reproduziert und also den „Staat in uns“ immer nur weiter festigt, versuchen die Wolkenkuckuckskerne (WK-Kerne) mit ihrem „friedlichen Teil der Militanz“ einen Raum für emanzipatorische Prozesse zu eröffnen:

„Der eine (gewalttätige Teil der Militanz, Anm. Verf.), der äußerer Abgrenzung gegen das System gesellschaftlicher Herrschaft zugewendet ist. Der andere (friedliche Teil der Militanz, Anm. Verf.) erstreckt sich in die soziokulturellen Bereiche und bildet eine solidarische Gemeinschaft sich emanzipierender Subjekte.“

Der so gewonnene Raum soll nicht eigentlich dem Aufbau von Gegenmacht im Sinne vom Sturz der etablierten Macht durch Aufbau eines neuen Machtgefüges dienen, sondern Macht, Staat, Hierarchie auflösen, lebbar und lernbar machen, in einer „kleinen (für sich selbst überschaubaren) Gemeinschaft“. Die WK-Kerne beschreiben ihren Ansatz als Vision und werden in der Beschreibung dieser „solidarischen Gemeinschaften“ auch nicht konkreter.



Räumung eines Abenteuerspielplatzes in Friedrichshain

Foto: Umbruch

Konkret lebende Kommunen als blinder Fleck radikaler Linker?

Offenbar klappt immer noch eine breite Lücke zwischen beiden, den vorhandenen Kommunen und den radikalen Linken, in doppelter Hinsicht. Zum einen werden Ideen von Gemeinschaft immer wieder neu entdeckt oder wieder erinnert, von politisch theoretisch/praktisch Aktiven, Linken, Radikalen (eigentlich anzunehmen: auch Rechten?) Und der Schritt zur Berührung mit vorhandenen Gruppen oder die eigene Umsetzung ist nach wie vor eine immense Hürde. Gemeinschaftsneubildungen bleiben nach meiner Erfahrung selten. Zum anderen hat dieses Erinnern an Gemeinschaft oft etwas weit hergeholtes. Weiter jedenfalls, als ich bei der doch möglichen Erfahrbarkeit durch schon jahrelang existierende Lebensgemeinschaften und Kommunen erwarten würde. „Kommune“ scheint in unserer politisch links sich verstehenden Szene derart un-präsent zu sein, daß Ideen von Gemeinschaftsbildungen immer etwas nostalgisch anrühiges oder abgefahren zurückgezogenes an sich haben. Die WK-Kerne nehmen diese Abwehr prompt vorweg, indem sie bestätigen:

„Wir sehen, daß wir damit (mit „auflösen“ statt „zerstören“, Anm. Verf.) einen Tabubereich linksradikalen Selbstverständnisses berühren, weil diese Thesen auf 'innere Arbeit' hinweisen, die die unter-

schiedlichen Subjekte befähigen soll, sich selbst bestimmen und aus dem Herrschaftsverhältnis auf ihrer Seite heraustreten zu können.“

Genau an dieser Stelle hakt dann auch die Kritik der „Autonomen Hefepätzchen“ („Einige Gedanken zum Text vom Wolkenkuckuckskern“, Interim #230, 3/93) ein. Kurz und knapp wird dort erklärt, daß die WK-Kerne zwar viele richtige Fragen aufgreifen, jedoch einen Ansatz daraus entwickeln würden, „der in Esoterik-Kreisen beheimatet zu sein scheint“. Warum? Eben wegen der als „individualistisch-esoterisch“ beschriebenen Form von „innerer Arbeit“. Weiter wird Kommune als Möglichkeit zur Auflösung von Macht in Frage gestellt:

„Eine Kommune ist ein Weg, aus dem Machtgefüge auszusteigen, aufgelöst ist damit nichts. Auch das in Brandenburg geplante „Ökodorf“ bedeutet Abwendung von der Macht und Hinwendung bzw. Aufbau von etwas 'Positivem'. Damit wird jedoch lediglich eine geduldete Nische im System ergattert, in der mensch persönlich 'besser leben' kann, nicht eine Machtstruktur wird 'aufgelöst', die Flucht aus der grausamen Realität wird zum Konzept.“

Fragt sich, welche Erfahrung mit welchen Kommunen hinter diesem Urteil steckt.

Die Schatten, über die radikale Linke und Kommune jeweils springen müssen, um sich anzunähern.

Kommune muß tatsächlich jederzeit prüfen, ob sie Machtstrukturen in sich oder um sich herum auflöst – wenn solch ein Anspruch überhaupt vorhanden war/ist. Denn da gibt es auch noch ganz andere Kommune-Konzepte als die Freiheitlich-emanzipatorischen. Maiga, jetzt ZEGG, ist auch in der Berliner politischen Szene ein Begriff, AAO/Friedrichshof und LaLix/Frankreich eher weniger, und R. Bahro's Ökofürstentümer-Phantasien stoßen in linksradikalen Kreisen wegen dessen Nichtabgrenzbarkeit zu rechten Autoritätsphantasien ebenfalls auf erhebliche Vorbehalte.

Wenn Kritik an Kommune langläufig immer wieder die beiden Argumente „individual-esoterisch“ und „Nische im System“ gebraucht, wird Kommune offensichtlich entweder als politisch unklar oder belastet erfahren oder als in Nischen zurückgezogen erlebt. Dieses Sich-zurückziehen kann auf eine Art als nicht mehr für politische Kämpfe zur Verfügung stehend interpretiert werden und schmerzt die dann Übriggebliebenen als Verlust, wenn nicht sogar als Verrat. Wenn dann auch noch positive, erfolgversprechende Rückmeldungen aus den Kommunen ausbleiben, müssen sie offensichtlich auf dem Holzweg ins politische Nirgendwo sein. So schieben die „Hefepätzchen“ auch gleich nach in ihrer Kritik, daß es den Leuten in Ihren Nischen auch nicht besser ergehen könne, denn:

„Die ‘friedliche’ Militanz wird letztendlich auch eine Konfrontation mit der Macht bedeuten, bewegt sie sich außerhalb der genannten Nischen“.

Die Notwendigkeit zur kritischen Abgrenzung gegen Kommunen ergibt sich meiner Meinung nach aus zwei möglichen Ursachen. Vordergründig über das Erleben von Relevanz oder Nicht-Relevanz von Kommunen für die jeweiligen sozialen, politischen Aufgaben. Tiefer liegend durch eine Berührungs- und Verlustangst. Die Berührungsangst, sich selbst und andere in individuellen, kollektiven, sozialen und psychischen Prozessen, viel intensiver als bisher vielleicht zugelassen, zu erleben, zu begleiten und sich aufeinander einzulassen (Aufheben der Grenzen zwischen privat und politisch). Verlustangst, wenn andere aus den eigenen Zusammenhängen sich in „Nischen“ verabschieden mit dem Anspruch weiterhin auf dem „richtigen“ Weg zu sein.

Ich denke mir, es ist nötig, von zwei Seiten aus über verschiedene Schatten zu springen. Kommune, die nicht anders sichtbar wird denn als Nische, Rückzugsraum für geplagte Ex-StädterInnen, Hand-statt-Maschine-LandwirtInnen, oder als New-Age Scheinwelt, hat tatsächlich keine positive Ausstrahlung auf soziale Emanzipationsprozesse außerhalb ihres Tellerrandes. Also auch keine faßbare Relevanz im Hinblick auf die Entwicklung und Gestaltung von sozialrevolutionärer Utopie. Die Vermittlung von eigenen Erfahrungen jeder Art, noch viel stärker als bisher – oder überhaupt erst mal! – und sich konfrontieren lassen mit den Fragen, die dann kommen, stelle ich mir als dringend notwendig vor. Wenn Kommune ein Utopie-entwickelndes und -umsetzendes Projekt sein soll, dann muß doch nach 2,5,10 Jahren auch was sichtbar, vermittelbar werden können. Wenn ZEGG mit ihrer zusammengesuchten Philosophie auf richtige Fragen die falschen Heilantworten gibt, dann haben Gruppen, die über Jahre an den gleichen Themen stricken doch auch was relevantes zu sagen. Mal los!

Kommunen und Gemeinschaften besetzen meines Erachtens im Moment eine Lücke zwischen denen, die sich zunehmend im New-Age Therapie-Boom austoben, und den sich politisch aktiv Verstehenden an den konkreten Brennpunkten. Den einen ist Kommune selbsterfahrungstechnisch nicht professionell genug, den anderen ist sie wiederum schon zu sehr „therapeutische“ Zwangsinstitution. Beiden ist sie (in dieser schnellebigen Zeit) wahrscheinlich zu zäh, langweilig, langsam, unproduktiv. Diese Situation sollten wir positiv nach vorn wenden, indem z.B. Kommunen und Gemeinschaften sowieso ständig therapeutische Situationen erleben und produktiv gestalten müssen – und sich darin auch zu einem gewissen Grad professionalisieren müssen (meint: nicht Profis kaufen oder sich kaufen lassen, sondern die vielfältigen Interaktions- und Streitmodelle mal auf einen

praktizierbaren Punkt zu bringen). Die Chance für Kommune und kommunitäre Gemeinschaften als den realitätsgerechteren Ansatz besteht ja darin, daß New-Age Gemeinschaften ihre therapeutische Funktion künstlich zum Alltag machen wollen, während Kommunen/kommunitäre Projekte i.d.R. produktiven, sozialen, politischen Alltag und Konfliktbewältigung bzw. Lustbefriedigung nebeneinander immer bestehen lassen. Der zweite zu überspringende Schatten betrifft die Nicht-KommunardInnen mit linker Zugehörigkeit. Der große Wurf, die soziale revolutionäre Umwälzung, wird nicht allein taktisch oder strategisch gelingen, nicht an einem Tag, nicht allein militärisch, wohl aber durch Kräfteverhältnisse bestimmt. Diese Kräfteverhältnisse betreffen aber nicht nur materielle Größen, sondern wesentlich auch das Bewußtsein derjenigen, die sich in Umwälzungsprozessen befinden, die sich darauf einlassen können, aus individuell und kollektiv erfahrenen Prozessen Emanzipation zu entwickeln und tragfähig umzusetzen. Das hat was mit „innerer Arbeit“ zu tun, die aber ohne „äußere Arbeit“ auch keinen Bestand hat, insofern beide voneinander losgelöst keine Emanzipation bedeuten.



Foto: Zorrow

Stadt oder Land

Kommune kann, wie gesagt, zwischen gesellschaftlicher Nicht-Relevanz in der Nische oder der bewußten Auseinandersetzung mit sich und anderen und Einmischung in gesellschaftlicher Umwelt wählen. Sie kann dies nach meinem Erleben sowohl auf dem Land als auch in

der Stadt tun. Mir tut sich also nicht die Wahl zwischen Stadt und Land auf. Vielmehr erscheint die Entscheidung der Grundlage der Gemeinschaftsbildung nach möglichen gemeinsam tragbaren Inhalten, Zielen und der Gewichtung von Rückzug und Einmischung wichtiger. Wobei ich denke, daß nur Einmischung und Präsenz auch Ausstrahlung und überhaupt erst Relevanz ausmachen können.

Ich werde nicht behaupten, daß „Kommune“ die Lösung für die Probleme unserer linken Selbstbestimmung aus der Perspektivlosigkeit heraus darstellt. Aber ich behaupte, daß es ein Weg ist, Einmischung, selbstbestimmtes Leben, Freiräume, soziale Dimension von Politik, soziale Identität, kollektive Prozesse usw. durchzuführen, um zu prüfen, ob diese Begriffe als Kriterien für eine Neubestimmung linker Werte taugen, und sie dafür durch Erfahrung tragfähig zu machen.

Thomas-Dietrich Lehmann

BEFREITES GEBIET?

*(Anti-)rassistische Irritationen im
kommunitären Wohnprojekt*

*„Für die vom unbekannten Rand
Für die aus der Leere ohne Land
Für die mit den Schiffen ohne Segel
Für die ohne Kompaß und im Nebel
(Mastino)“*



*Die folgenden Aufnahmen entstanden 1993 in einem Berliner Flüchtlingslager
Fotos: K. E. H.*

In der Stadt über „Kommune“ zu sprechen und zu schreiben fällt mir schwer. In Berlin reden wir eher von „Wohnprojekt“. Auf dem Lande ist bei einer Ansammlung von drei Leuten aus dem linken Milieu, die sich auf einem Gartengrundstück niedergelassen haben, die Sache klar: Sie sind eine Kommune.

Die Kommunegründungen der jüngeren Geschichte seit den sechziger Jahren wurden ausgelöst durch revolutionäre Versuche im Erfah-

rungsraum der Stadt. Von dort sind sie quasi „ausgewandert“ (in Gestalt von Gruppen und als gelebte Idee) aufs Land, dabei auch in gewissem Maße entpolitisiert). „Zurückgeblieben“ sind durch all die Jahre Versuche von Gruppen und Gemeinschaften in den Städten, Freiräume zu erkämpfen, – bspw. Häuser zu besetzen –, wobei sie fast regelmäßig in politische und innere Zerreißproben geraten. Die Beispiele sind bekannt. Sie heißen Hafenstraße oder Mainzerstraße, heißen Wohlgrothfabrik in Zürich oder Leoncavallo in Mailand. Diese Ausbrüche aus dem Alltag sind mir näher als das Landleben.

Ich komme also auch auf andere Begriffe als „Kommune“ für das eigene Stadtprojekt, in dem ich lebe. Es war im Anfang besetzter Raum – befreites Gebiet –, soetwas wie „Fluchtborg“ für die Träume von einem befreiteren Leben. In den neunziger Jahren scheint mir der Gedanke, Hausprojekte als „Fluchtborgen“ zu bezeichnen, überholt. Die Bezeichnung hat dort ihren politischen Gehalt verloren, wo den experimentellen Lebensentwürfen und riskanten Provokationen die Absicherungsmentalität und Besitzstandswahrung des Erreichten gefolgt ist. Sie scheint am ehesten sinnvoll angewendet im Kontext von denjenigen, die auf der Flucht vor barbarischen oder kapitalistischen Entwicklungen ihre heimischen Orte verlassen, um in den Festungen des Wohlstandes ihr kärgliches Dasein zu sichern.

Kommune in der Stadt

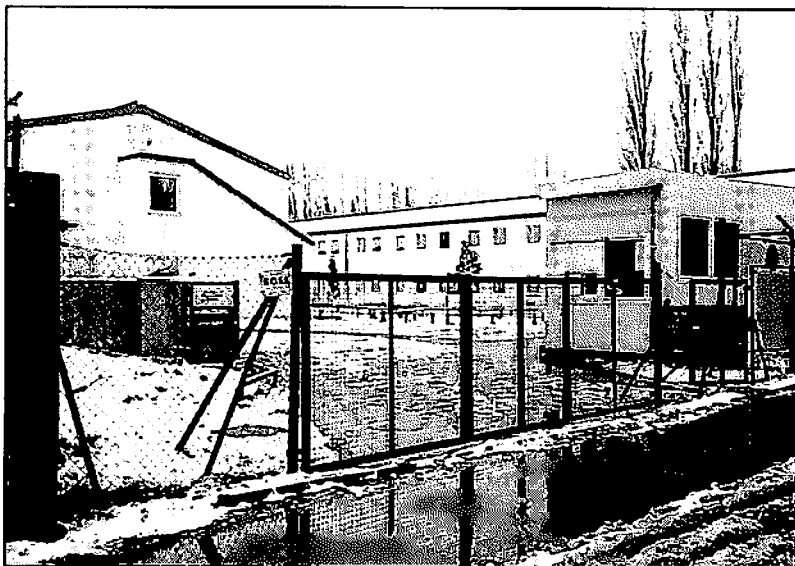
Unser Selbsthilfe- bzw. Wohnprojekt in Berlin wurde in seiner Entstehungszeit (1983) nachhaltig geprägt von den Erfahrungen, die viele von uns im Häuserkampf zu Beginn der achtziger Jahre in den besetzten Häusern der alternativen, feministischen, später autonomen Bewegung gesammelt haben. Der BesetzerInnen-Alltag bedeutete dabei unter anderem den Versuch, zwei Pole zusammenzuhalten:

Nach Außen bestimmten unser Tun und Lassen die Auseinandersetzungen mit Justiz und Bullerei, mit der Baumafia und dem Parteienfilz der Stadt sowie in deren Schlepptau mit der maroden Senatspolitik. Sie waren als Feindbilder immer präsent. Diejenigen, die nie nix zu melden haben bei diesen Herrschaften, fanden dagegen in den besetzten Häusern offene Türen und leere Zimmer, zeitweilig wirkungsvolle, das heißt schützende Fluchtborgen. Die AussteigerInnen und die Rausgeworfenen, die Jungarbeitslosen und die ohne Dach überm Kopf genauso wie Philosophinnen, Lesben und Bohemiens, Stadtnomaden der frühen achtziger Jahre, alleinerziehende Mütter und weltfremde Traumgeister, viele Studies. Die jeweilige Mischung bestimmte den unterschiedlichen Charme der Häuser. Manchmal lebten wir in regelrechten Trutzborgen. Dramatisch verbarrikadiert, immer dann, wenn Bullen und Staatsschützer aller Art, aber auch Nazis oder

doitsche Aktivbürger den Häusern und ihren BewohnerInnen ans Leder wollten. Das war die eine Seite.

Im Innenleben der Häuser wollten wir unsere Träume von einem besseren Leben verwirklichen. Sofort. Kompromißlos. Anarchistisch. Dabei mit dieser eigentümlichen Toleranz, die für das Leben im gerade mühsam zu erkämpfenden Freiraum so charakteristisch ist: anything goes. Freiraum, darunter verstehe ich den legitimen Anspruch jeder Persönlichkeit nach Entfaltungsmöglichkeiten, egal ob die dazu unternommenen Übungen kultureller, politischer oder sonstwelcher Art seien, ausgenommen sexistisches oder rassistisches Verhalten. Die Freiräume im Häuserkampf sind allerdings sehr schnell der Gefahr der Anpassung und einer Art unpolitischer Vorgartenmentalität zum Opfer gefallen, weggespült von der Schöner-Wohnen-Sehnsucht. In der Widerstandsgeschichte haben sich an dieser Scheidelinie folgenreiche politische Spaltungen in Berlin abgespielt.

Zurück zum „Traum von einem besseren Leben“. Er spielte sich für mich 1981-1983 in einem besetzten Haus in Berlin – Charlottenburg ab und wurde von der Staatsmacht abrupt und gewalttätig beendet. Es folgten der Räumung Verhaftungen, Leben in provisorischen Zeltstädten und Prozesse. Insofern war der Einzug in das Weddinger Abrißhaus, in dem ich bis heute lebe, 1983 mein zweiter Versuch, Träume zu besetzen, und verlief auf den ersten Blick erfolgreicher. Diesmal nicht so spontan, eher gründlich vorbereitet und vertraglich über 15 Jahre abgesichert. Die Stadt gab 85 Prozent der notwendigen Rekonstruktionsgelder, mit denen wir in vier Jahren (geplant waren auf dem



Papier zwei) aus einer Ruine einen Raum für eine etwa dreißigköpfige Großgruppe schaffen konnten. Im Sommer 1993 feierten wir unseren zehnten Geburtstag als Wohnprojekt Zorrow e.V. in der Grüntaler Straße.

So fällt meine Rückschau auf die Ausgangslage aus, von der aus ich „Kommune in der Stadt“ erlebe. Schwarz-rote Freiraum- und Fluchtbürgerspektiven, widerständig von links unten gemeint, von rechts oben diffamiert als kriminell, waren damals oft gehörte Ansätze in den Projekten – und in sofern austauschbar. In unserem Wohnprojekt Zorrow haben sie in den letzten zehn Jahren deutliche Irritationen erfahren.

Irritationen

Die scheinbare Klarheit linksradikalen BesetzerInnen- und später SelbsthelferInnenalltags erweist sich als trügerisch. Der Freiraum unseres Wohnprojektes war und ist für eine Beurteilung seiner Tragfähigkeit an den gesellschaftlichen Entwicklungen und Fragestellungen genauso wie an linken Widersprüchlichkeiten zu messen. Das aber ist ein schwieriges Unterfangen. Setzt es doch die kritische Distanz, das Zurücktreten für einen Moment zur Beobachtung der eigenen Lage voraus. Wer kann das schon? Und auf Seiten der Kommunen, die den „neuen Menschen“ propagieren und sich also auf dem richtigen Wege zum Heil wähnen, ist Kritik am eigenen Weg eh verpönt.

Was liegt also näher, als sich Hilfestellung zu suchen. Zum Beispiel in persönlich-kritischen Bilanzen anderer ZeitgenossInnen aus der jüngeren Zeit bundesdeutscher linker Widerstandsgeschichte. Das liebe ich ja sowieso: Politische Biographien zu lesen. Die Odranoel-Lektüre „Odranoel oder die Linke zwischen den Welten, 1992“, ein diesbezüglicher äußerst empfehlenswerter Sammelband internationalistisch orientierter AutorInnen (Pizzagruppe), gehört dabei zu meinen geistigen Hilfestellungen. Darin kommen auch die scheinbar auf immer im Knast einsitzenden politischen Gefangenen zu Wort, von denen wir sonst in unseren Auseinandersetzungen getrennt sind. Ich will mich aber konfrontieren lassen mit der Perspektive von denen aus den Trakten. Mit ihrem Blick auf diese Verhältnisse und auf ihre Geschichte. In der persönlich-politischen Bilanz des langjährigen Gefangenen aus der Bewegung 2. Juni, Klaus Viehmann („... zu mehr in der Lage“, geschrieben für das Pizza/Odranoel-Projekt) habe ich einige präzise Versuche gefunden, linke Geschichte auf ihre Relevanz außerhalb des „Ghettos“ hin zu befragen. Material, das es mir ermöglicht hat, die erwähnte kritische Distanz zum kommunitären Wohnprojekt einzunehmen, und das die nachfolgenden Überlegungen beeinflusst hat.

Für mich bemerkenswert die Stelle, wo vom „eigenen stummen Zwang der Verhältnisse“ die Rede ist, durch den die Linke an die BRD-Entwicklung gefesselt bleibt (Viehmann 1992, 167f). Sie diente mir als „Prüfstein“, mich auf die kritische Reise ins Kommuneleben zu begeben.

Prüfsteine

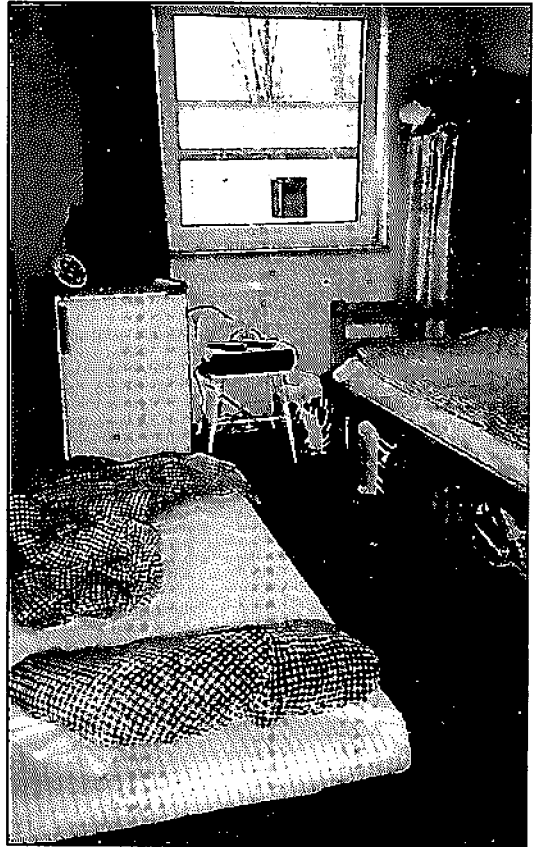
„Welcher Klasse gehört die Linke in der BRD an? Welches Geschlecht hat sie? Welche Hautfarbe? Welche Nationalität?“ (ebd.)

Prüfsteine, die schnell zu Stolpersteinen werden können für allzu illusionäre Selbsteinschätzungen. Der unpräzise visionäre Zungenschlag in Parolen wie „anders leben – anders arbeiten“ gefällt mir nicht besonders. Also, Klaus, deine Prüfsteine jetzt einmal angewendet auf die Lebenswirklichkeit meiner ‚Kommune‘. Beginnen wir mit der Stadt und dem Reichtum.

„Geboren in der Metropole, waren die Linken vor absoluter Verelendung weitgehend geschützt. Fragen der materiellen Produktion stehen sie deshalb ganz anders gegenüber als beispielsweise Linke in einem Land, in dem es überhaupt keine Garantie des Überlebensminimums gibt.“ (ebd.)

Das trifft so zu. Zumindest, wenn mensch den Metropolenbegriff ausweitet bis zu den westdeutschen Kleinstädten. Denn nicht alle von uns kommen ursprünglich aus der Stadt. Aber ich denke, so ist er ja gemeint, im Verhältnis zur Armut in globalem Maßstab. Bei uns schaut der Wohlstand mittlerweile, – 1981 war das noch nicht so offensichtlich –, aus allen Ecken unseres renovierten Gemäuers.

Weiter: „Nicht in den Fabriken entstanden, nicht von ArbeiterInnen gegründet, gab es eigentlich nur individuelle Lebensgeschichten,



Wohnraum für zwei Erwachsene

die von der Fabrik zur Linken führten. Die meisten stehen den produktiven Burgen des Kapitals äußerlich gegenüber.“ (ebd.)

Für die Mehrzahl von uns werde ich dir zustimmen. Wir sind unverkennbar homogen, ein Studierenden-Hausprojekt, unserer Sozialstruktur nach. Der Glaser und die Tischlerin, die Restaurateurin und die Arbeitslosen lassen sich an einer Hand abzählen. Allerdings heißt das nun nicht, daß die privilegierten Lebenssituationen die Regel sind. Zumal sich der Arbeitsmarkt gerade deutlich umwandelt. Viele der Studierenden in unserem Haus sind weiter denn je vom „Karrieremachen“ entfernt, halten sich mit Jobberei über Wasser. Und noch eines: Hinter der Wertschätzung, die du für mein Ohr dem Faktor „Fabrik“ beimißt, würde ich ein großes Fragezeichen setzen. Zumindest weiß ich niemanden im Haus, die in derartigen Arbeitsverhältnissen ihre Brötchen verdienen möchten.

Als nächstes kommen wir zum „Geschlecht“: „Zu keiner Zeit wurde die Linke von Frauen an ihrer Spitze geführt, und Männer schleppten ihre Ansichten und Verhaltensweisen mit in alle Strukturen.“ (ebd.)

Stimmt genau. Wir Typen im Haus haben einiges an Ansichten und Verhaltensweisen über Bord zu werfen, wenn wir im Geschlechterstreit vorankommen wollen. Auf der anderen Seite haben die Frauen in unserer Gruppe entscheidende Akzente gesetzt und Vorgaben gemacht, die unseren Alltag als gemischtes Wohnprojekt geformt haben. Davon gleich noch mehr.

Dein letzter Prüfstein deckt sich mit meinem Interesse, mich im folgenden genauer mit rassistischen Bedingungen im Haus auseinanderzusetzen:

„Trotz ihres Internationalismus gab es keine ImmigrantInnen in ihren Reihen, obwohl seit 30 Jahren Millionen in der BRD leben. Abgesehen von gelegentlichen Anlässen und ein paar privaten Freundschaften blieben die deutschen Linken unter sich.“ (ebd.).

Freiräume – neu buchstabieren lernen

Womit ich nun beim Thema angelangt wäre. Die Ausgrenzung der MigrantInnen und die alltäglichen Rassismen in diesem Land färben auf unsere eigenen, erkämpften Strukturen ab. Aus den Freiräumen der frühen achtziger Jahre sind zum Teil mittlerweile Festungen gegen Flüchtlinge geworden. Unsere Freiräume wären dringend benötigte Fluchtburgen, damit den hierher Geflohenen wirksame Schutzräume geboten werden können, vor den Aufräumphantasien von Politikern und wildgewordenen Aktivbürgern innerhalb der Festung Europa.

Und was heißt überhaupt: Freiräume? Die Entwicklung hin zu einem offen rassistischen Alltag, im Gleichschritt mit den politisch durchsetzbaren Verschärfungen, die 1993 ihren vorläufigen Höhe-

punkt in der Abschaffung des Asylgrundrechtes erreichten und nunmehr eine fast lückenlose abgeschottete Festung gegen MigrantInnen zur Folge haben, diese Entwicklung läßt mich immer von neuem meinen „Freiraum“ in Frage stellen. Ich will Klarheit. Wo stehen wir? Wo steht unser Hausprojekt im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts? Wohin tendieren unsere Interessen und Lebensentwürfe in diesem linken Wohnprojekt? Auf die Seite der Ruhe und des Wohlstands, der sich selbst genug ist und keinen Blick riskiert über den eigenen Tellerrand, oder wohin?

Bisher laufen bei uns keine ausdrücklichen Kehrtwendungen gegen die bisherigen Einsichten. Niemand würde, glaube ich, von der Vorstellung, uns selbst und die Gesellschaft zu verändern, seinen oder ihren Abschied formulieren. Das emanzipatorische Projekt hat noch seine ausdrückliche Gültigkeit (immerhin besser als nix), aber was meint diese Sprechblase schon? Und wenn sie denn etwas echtes meinen sollte, bleibt die Frage, reicht das schon aus??? Der kritische Gedanke von Klaus Viehmann hilft doch eher wieder auf den Boden der Tatsachen – als Ausgangspunkt, von dem aus ich meine Kommune betrachten will:

„Je finanziell abgesicherter, je metropolitaner, je männlicher und je weißer eine Linke ist, desto weniger erfährt sie aus sich selbst heraus“. (ebd.)

Das alles trifft so in etwa auf unser Wohnprojekt und das Umfeld, in dem wir leben, zu. Entsprechend wenig erfahren wir aus uns selbst heraus über die Lebensbedingungen, die diese Gesellschaft mittlerweile prägen.

Wenn aber Flüchtlingslager und die massenhafte Diskriminierung von Menschen mindestens geduldet werden, dazu nazistisch-mörderische Gewalt gegen Flüchtlinge, gegen Frauen und gegen überhaupt alle, die nicht ins Bild des sogenannten anständigen Deutschen passen, dann – spätestens – werden wir „Freiraum“ und „Fluchtborg“, die uns liebgewordenen politischen Begriffe zur Kennzeichnung unserer Anstrengungen gegen das System, ganz neu buchstabieren lernen müssen: Im Angesicht der Lager in unserer Nachbarschaft.

Die autonome L.U.P.U.S.-Gruppe formulierte das Problem 1992 nach den Ereignissen von Hoyerswerda: „Die Existenz dieser Lager, das Leben darin, die Vorstellungen der Flüchtlinge waren uns so fremd wie den allermeisten Deutschen auch. Und wieviele MigrantInnen kennen wir in unserem Alltag? Wieviele sind in unseren Lebenszusammenhängen? Der Blick auf die Glatzen verstellt den Blick auf die eigenen weißen Verhältnisse – autonome Verhältnisse, die weißer sind als jeder Sportverein.“ (L.U.P.U.S. 1992, 21)

Fragen über Fragen

Unsere ersten Aktionen in und mit dem Abbruchhaus, „hart an der Grenze“ (das hieß damals noch: an der Mauer) gelegen, genauso wie unsere Anstrengungen, Freiräume zu gestalten und gemeinsam als Großgruppe in so einem Projekt zu leben, in allem legten wir in meiner Erinnerung deutlich mehr Gewicht auf die Frage, in welche Richtung denn der Zug unseres Großgruppenalltags losdampfen sollte, – deutlich mehr als das heute der Fall ist. Unser Start war gekennzeichnet von Neugier und Offenheit füreinander – wir kannten uns eben zum Teil noch nicht. Verabredungen oder Gruppenentscheidungen wurden eher erstritten. Das Herz einzelner hing an Entschlüssen, und das sogenannte Konsensprinzip, das reine Statussymbol manchen Kollektivs, brachte unser Zusammenleben oft an den Rand des Scheiterns.

Dennoch: In diesem Wohnprojekt zu leben finde ich bis heute anregend, sowohl im sozialen wie im politischen Sinne. Es ist sicher das kontinuierlichste Projekt, in dem ich lebe und dabei erlebe, wieweit die abstrakten, politischen Themen (beispielsweise die Forderung nach herrschaftsfreiem Umgang; das Rollenverhalten zwischen den Geschlechtern aufzubrechen; gleiche Rechte für alle zu erstreiten; oder gegen die Leistungsideologie die Sicht auf die Bedürfnisse der Leute zu richten), inwieweit die also umzusetzen, d. h. einzulösen sind im Alltag und unter einem gemeinsamen Dach.

Zum geschlechtsspezifischen Rollenverhalten will ich an dieser Stelle betonen, daß die Zuspitzung politischer Analyse auf die Fragen der Organisation von Wohnraum, von Hausarbeit, Beziehungs- und Reproduktionsarbeit, und dem Leben mit Kindern zuerst als frauenbewegte Absage an männliche Dominanz in allen Bereichen zu begreifen ist. Insofern, so meine ich, trägt unser gemischtgeschlechtlich organisiertes Wohnprojekt im Kern eher feministische Grundzüge. (Was auf keinen Fall dahin mißgedeutet werden darf, daß „wir Männer“ hier aus dem patriarchalen Schlamassel „raus wären“. Im Gegenteil! Wir bleiben und erweisen uns in vielen Alltagsfragen im Haus als die Macker und oft unfähig zu sozialer Kommunikation.)

Zu unseren „Errungenschaften“ gehören das wöchentliche Hausplenum – zeitweilig auch geschlechtergetrennt; der Versuch, Entscheidungen nicht gegen das Veto einzelner zu fällen; wir haben eine teilweise gemeinsame Kasse für alle, in die prozentual nach Einkommen eingezahlt wird (z.Zt. 18% pro Erwachsene); niemand hat einen Besitzanspruch auf einen bestimmten Wohnraum im Haus, aber gleichzeitig ein Recht auf ein einzelnes Zimmer. Das kann zu endlosen Umzugsdiskussionen und „Zimmertangos“ führen (wer kann mit wem „unmöglich“ Wand an Wand wohnen, wer muß oder will gerne gerade

jetzt eine bestimmte Person zur Zimmernachbarin haben, die aber noch zwei andere auf die Etage mitbringen würde, mit denen sie auch gerne zusammen wohnt usw...); wir haben eine Großküche für alle HausbewohnerInnen; und ich deutete es bereits an: als Ergebnis einer Initiative von Frauen wird die Haushaltsführung in Form von Männer- und Frauenwochen organisiert, die abwechselnd für Kochen, Einkaufen, Putzen zuständig sind; Gemeinschaftseinrichtungen (wie z.B. Kunstatelier, Holz- und Metallwerkstatt, Bücherei, Fotolabor, zwei Gruppenautos und Fetenraum) sind für alle zugänglich. Das alles wurde im Laufe der Jahre verabredet oder formal beschlossen. Es bildet die Basis für weitere Diskussionen, gerade auch dann, wenn mal wieder was nicht so klappt wie es soll.

In anderen Fragen waren die Antworten für uns viel schwerer zu finden, oder sie stehen bis heute auch noch schlicht aus! Wer ist wie weit, bspw. als kinderloser Mensch im Haus, für die mittlerweile sieben Kids bei uns (Tendenz steigend) verantwortlich? Die betreffenden Eltern oder alle anderen? Oder alle, die sich ausdrücklich dazu bereit erklären? Kann politische Arbeit außerhalb des Hauses genauso verabredet und delegiert werden wie die Organisation des wöchentlichen Einkaufs? Und wenn ja, warum klappt es nicht! Oder nur, wenn zuvor Klarheit über bestimmte Themen gemeinsam erarbeitet wurde! Also dauernder Politstreß im Haus? Und was passiert, wenn sich welche verweigern, weil das „sowieso überhaupt nicht ihr Ding ist, zu diskutieren, oder der Straßenkampf echt nur anätzt?“ Ist Verantwortung zu übernehmen für unser Gemeinschaftseigentum oder für eine von allen verabredete Aufgabe wirklich im Laufe von Jahren zu erlernen? Wer jetzt einfach ja sagen würde, weiß nichts von kommunitären Großgruppenproblemen!

In wiederum anderen bestimmten Fragen gab es bei uns von Anfang an Spannungen und manchmal reichlich Zoff. Können Flüchtlinge bei uns wohnen, die notfalls auch gegen Behördenwillkür, Abschiebungsdrohungen oder anderweitige Pressionen sich verstecken müssen? Können sie unseren Freiraum als Fluchtburg nutzen? Genauso wie BesucherInnen aus dem Ausland, die auch über lange Zeiträume bei uns wohnen können. Auch bei GenossInnen aus der Szene war das Mitwohnen für einen längeren Zeitraum (Oft gehört: „Ich will überhaupt nicht fest bei Euch einziehen, nur...“) im Prinzip nie strittig.

Bei Menschen ohne deutschen Paß – sofern sie nicht aus dem benachbarten und dann meist westlich-kapitalistischen Ausland kamen, anlässlich internationaler Workcamps etwa, oder als TouristInnen oder Bekannte – war das strittig! Und wenn der Status des Aufenthaltes hier mit staatlich verordneten Komplikationen belastet erscheint, sind die Knackpunkte unserer Lebensform erreicht. Dann tauchen die be-

kannten Fragen auf, die als Problemanzeigen einzustufen sind. Kleine Auswahl gefällig?

„Wer kümmert(!) sich von uns darum(!)?“ — „Haben die solche Lebensgewohnheiten wie wir?“ — Wenn die Antwort nein lauten sollte:



„Kommen die überhaupt bei / mit uns klar?“ — Müssen die Frauen im Haus sich vor alleinstehenden Flüchtlingsmännern vorsehen? — Oder sich in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken? — Sollten deswegen nur Frauen oder Paare bei uns wohnen? — Können wir uns direkt verständigen in einer gemeinsamen Sprache? — Sollen bzw. wollen die mit uns zusammen essen? — Was ist, wenn die Behörden Streß machen? — Wer von uns geht mit zum Rechtsanwalt, zur Asylberatung oder zum Ermittlungsausschuß? — Wer macht mit in der Flüchtlingsunterstützerini oder geht zum Asylplenum? — Kennen sich welche mit dem ganzen Schreibkram oder der gerade aktuellen Rechtslage aus? — „Wer macht's?“

Fragen über Fragen! Nicht, daß das unwichtige Dinge sind, im Gegenteil! Sofern vielen von uns Asylberatungsarbeit nicht geläufig ist, sammeln wir ja nur durch sie hindurch unsere Erfahrungen. Und leichtfertiges Handeln schafft vielleicht den Leuten nur noch mehr Probleme an den Hals. Gut gemeint ist oft das Gegenteil von gut! Auf der anderen Seite: Können diese

Vorab-Klärungen und Grundsatzfragen nicht auch Verhinderungen oder auch Verweigerungen von Hilfe bedeuten? Diese Rückfrage ist nach wie vor unangenehm. Von den falschen Leuten eingebracht (von denen mit dem politischen Anspruch im Haus zum Beispiel), ist sie sogar moralischer Abblocker von Gruppenprozessen. So bleiben Mißverständnisse. Und manchmal geht unsere Unentschiedenheit als Gruppe zu Lasten von anfragenden Leuten auf der Suche nach Unterstützung.

Aber ich will nicht nur andeuten, sondern drei Beispiele genauer beschreiben.

Abbild der Verhältnisse

Wir haben uns im Haus mehrmals zusammengesetzt und gemeinsam zurückgeschaut in die Entwicklungen der achtziger Jahre, um das folgende aufschreiben zu können. Zuerst ins Jahr 1985. Damals war die Linke in der Stadt an der Asylfrage aufgeschreckt worden. Nach dem Tode Cemal Altuns, einem Flüchtling, der im Sommer 1983 aus dem Fenster eines Gerichtssaals in den Tod sprang, und nach dem Drama in einem Berliner Abschiebeknast, bei dem zu Neujahr 1984 sechs Flüchtlinge verbrannten, organisierten die Asyl- und Flüchtlingsgruppen die Protestaktion Fluchtborg, um in der Öffentlichkeit eine Lobby gegen die Abschiebepolitik des Senats zu schaffen. Es wurden Wertgutscheine, die an Flüchtlinge an Stelle von Bargeld ausgegeben wurden, in Bargeld umgewechselt, und wir gingen anschließend selber und gemeinsam damit einkaufen, massenhaft und unübersehbar. Es gab in dieser Zeit immer wieder zeitlich befristete oder länderbezogene Abschiebestopps, aber genauso immer wieder neue Verordnungen, Aufhebungen von Beschlüssen, und: Leute verschwanden aus der Stadt per Beschluß, abgeholt im staatlichen Handstreich, durch Abschiebungen. Im Frühjahr 1985 in einem Monat allein 35 Abschiebungen in den Libanon. Heute klingt diese Zahl wenig – so haben wir uns ans massenhafte Deportieren von Menschen schon gewöhnt! Damals war es der sich ankündigende neudeutsche Rassismus, weit über zehn Jahre vor der Abschaffung des Asylgrundrechts!

Einer derjenigen, die damals so bedroht waren, ich will ihn an dieser Stelle Arthur nennen, strandete in einer sein Leben bedrohenden Lage bei uns im Haus. Er sollte endgültig in den Libanon zurück, war auch schon abgeschoben nach Beirut, kehrte aber zurück wegen seiner schwangeren Frau, die noch in Berlin auf den Entscheid ihres Asylbegehrens wartete. Arthur lebte illegal, tauchte bei den verschiedenen Asyl-Initiativen auf und versuchte auch, in den Wohnprojekten unterzukommen. Als er dann bei uns angekommen war, gab's erst mal ein Sonderplenium. Was nun tun? Können wir Zuflucht ermöglichen, Fluchtborg in seinem Fall sein? Fragen über Fragen! Siehe oben!

Schließlich faßten wir den Beschluß, ihm einen Raum im Haus herzurichten. Verabredungen wurden getroffen, wer sich verantwortlich kümmert, die Kontakte hält und in der Asylgruppe mitarbeitet. Der ganze Rechtskram war, wie immer im Ausländergesetz, nicht leicht zu durchblicken. Schließlich sollen ja Betroffene und RatgeberInnen abgeschreckt werden. Oft gehörte Reaktion: „Also, mit diesem Ämterscheiß, da kenn ich mich echt wenig aus!“

Das Mitwohnen bei uns hat Arthur nicht sehr behagt. Sprache und andere Dinge des täglichen Lebens waren für ihn nicht leicht durchschaubar. Als wir jetzt wieder darüber sprachen, sagte Antje: „Manch-

mal habe ich mich gewundert! Wir waren doch im gleichen Alter – und doch so unterschiedlich, was die Lebensentwürfe betrifft. Wie kann die Verständigung dann aussehen, außer über Banales zu reden.“ Und sie ergänzt: „Zu seiner Frau war der Kontakt noch schwerer. Nicht nur aufgrund von Sprachproblemen, sondern wohl auch wegen der sehr traditionellen Frauenrolle, in der sie lebt.“

Arthur war schnell wieder in einem der Flüchtlingslager, zusammen mit seiner Frau Gertrud und dem neugeborenen Kind, als es ihre Situation wieder risikoloser zuließ. Arthur hat jedoch bei unseren Bauarbeiten am Haus gegen Bezahlung gearbeitet, zu gleichem Lohn wie wir, in Zeiten, in denen er keinerlei Arbeit annehmen konnte. Wir haben probiert, zusammen zu feiern, haben mal Besuche verabredet, sowohl bei uns wie auch bei ihnen im Lager.

Nach über acht Jahren in Berlin hat Arthur mit seiner Familie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen können. Sie leben mit ihren Kindern im gleichen Stadtbezirk wie wir.

„Es ist mittlerweile einfacher geworden für mich, im Kontakt zu Arthur“, sagt Antje, „aber sie besuchen gehen? – Ich kriege es nur selten geregelt und umgekehrt er aber auch nicht.“ – „Obwohl es immer wieder den guten Vorsatz gibt“, ergänzt Wolle, „-wenn auch nur von wenigen! Wir müßten ja mal wieder bei ihnen vorbeischauen.“

Eine Belastung für die Hausgruppe, das meint Antje, war Arthur nicht. „Der hat zielstrebig seine organisatorischen Probleme selbst in die Hand genommen.“

War Arthur mit uns, ja überhaupt in Berlin, noch glimpflich an Schlimmerem vorbeigeschrammt, so war ein anderer Libanese, der ab 1989 mit uns zusammenlebte, schon bei weitem ungelittener.

Der junge Mann, ich werde ihn Heinz nennen, ist dann 1992 von uns rausgeworfen worden! Im Unterschied zu Arthur hatte er lange Zeit ein Zimmer bei uns. Zu einer Zeit übrigens, als im Haus einige andere „InternationalistInnen“, das heißt Leute aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Italien, für längere Zeit auf Besuch lebten, die studienhalber in Berlin waren oder wegen Sprachschulungen. Des weiteren war 1989 gerade jemand bei uns einquartiert, bis er eine eigene feste Wohnung in Berlin finden würde. Zu all den Genannten hat Heinz viel schneller Kontakte aufbauen können als zu uns. Sie bemühten sich auch um seine Eingewöhnungs-Probleme bei uns, sie begleiteten ihn auf die Ämter usw.. Unsere Neuen verstanden sich ganz gut, so schien es, und manchmal bildeten sie fast so etwas wie eine eigene kleine community, die mit besonderem Blick auf die „Etablierten“ des Hauses gucken konnte.

Manchmal habe ich den Eindruck, wenn mir sowas wieder bewußt wird, daß unser einheimisches Einfühlungsvermögen regelmäßig vor jeder Situation kapituliert, die nicht unsere eigene Befindlichkeit wie-

derholt. Ausnehmen will ich ausdrücklich die MedizinerInnen, die im Haus leben und die sich der gesundheitlichen Probleme von Heinz annahmen. Das bedeutete, Krankenkassenfragen zu klären, einen Operationsplatz zu besorgen und vieles mehr.

Heinz ging ansonsten seine eigenen Wege, nahm wenig an unserem Gruppenleben teil, lernte dabei schnell die Sprache, und die Frage tauchte unter uns auf, ob er nicht als Vollmitglied mit Rechten und Pflichten aufgenommen werden sollte!? Die Gruppe hat das im Plenum später abgelehnt. Und sie hat sich dadurch notwendigerweise die andere Seite des Themas „Beziehung“ eingehandelt: Wenn nicht auf gleichberechtigter Basis Kontakt möglich ist, dann in Form von einseitiger Abhängigkeit bzw. Fürsorge. Also war die Frage zu klären: Wer ist nun ansprechbar für die „Heinz-Frage“? Ein kleines Beispiel ist der ganze Ablauf schon, für die Art wie an bestimmten Weichenstellungen, gleich oder nicht gleich, die weitere Gestaltung einer Beziehung vorprogrammiert erscheint. Bei uns jedenfalls tauchten Konflikte auf, Störungen im normalen Umgang miteinander.

Wolle erzählt von einem Abend im Gemeinschaftsraum und erinnert sich: „Wir guckten zusammen mit Heinz ein Fotoalbum über das zerschossene Beirut an. Heinz zeigte uns anhand der Bilder, wo er gewohnt hatte. Er erzählte vom Alltag seiner Eltern, Geschwister und von seinem eigenen. Ein Alltag inmitten eines Krieges. Hier! Das ist die Universität, an der er studierte. Und da, die zerschossenen Scheiben der Uni nach einem Angriff. Alle mußten schnell in Deckung gehen, und danach ging die Vorlesung weiter.“

Langsam ließ sich ein Verstehen von seiner Lebenslage bei uns an. Vielleicht auch erst eine vage Ahnung. Aber Heinz war dann schnell bei seinem Alltag hier gelandet, sprach über uns. „Heinz erzählte von der zunehmenden Abneigung im Haus gegen ihn“, erinnert sich Wolle, „und wie er sich immer mehr vom Gemeinschaftsalltag zurückzog, was wiederum die Abneigung gegen ihn vergrößerte.“

Er sagt das so. Ohne Kommentar. Es ist verdammt schwer ranzukommen an die Ursachen von solchen Abläufen. Redet irgendwie niemand so richtig darüber. Und mit dem entlarvenden Pathos: „Da haben wir's also! Purer Rassismus“, kommt eher der Deckel auf einen Topf, als das die Soße darin mal beguckt würde.

Andere Baustelle: „Es gab Streß“, ergänzt Antje, „weil die Frauen im Haus davon hörten, daß Heinz seine Freundin mißhandeln würde und daß sie sich von ihm trennen wolle.“ Und wer, zum Beispiel von uns Männern im Haus, macht in so einem Fall den Schritt zur Klärung, spricht den Mann darauf an und eröffnet Möglichkeiten, aus einem Verhalten Konsequenzen zu ziehen? Wir schafften es nicht. Wir schafften es auch oft nicht, in unseren langjährigen Beziehungen, Männergruppen, Polit-AGs, an unseren eigenen sexistischen Festun-

gen zu rütteln. Und nun gegenüber einem ungelittenen Flüchtling im Haus? Fehlanzeige! Aber eine, die uns Männern auf die Füße fällt. Sexismus und Rassismus in trauter Eintracht! Wieder ein Deckel auf einen Topf?!

Heinz blieb noch und bemühte sich. „Einmal gab es Geschenke aus dem Libanon“, erzählt Antje, „von Heinz für uns. – War mir allerdings ein bißchen peinlich. Ich habe mich gefragt, womit wir das verdient haben!?“

Das Ende war nah: „Schließlich hatten soviele Leute ‘schlechte Gefühle’ gegenüber Heinz“, erklärt Wolle, „daß wir ihm den Auszug nahelegten. Ich frage mich allerdings, wie es kommt, daß wir uns bei anderen so viel schwerer tun? Ging es leichter bei Heinz, weil er ja ausdrücklich nur ‘vorübergehend’ eingezogen war?“ Heinz ist zu einem Bekannten von uns in dessen Wohnung gezogen. Er hat weiterhin sporadischen Kontakt zu einigen von uns, über die auch Arbeitsvermittlungen für ihn gelaufen sind.

Die dritte Begegnung, von der ich berichten möchte, bezieht sich auf Konrad. Konrad haben wir im Frühjahr 1991 kennengelernt, als Heinz noch bei uns wohnte. Konrad war ein Nachbar von Heinz, im Libanon. Sie kommen ursprünglich aus dem gleichen Ort. Konrad kam als Student aus der Sowjetunion mit einem abgelauten Stipendium nach Berlin. Die Rückkehr in den Libanon war für ihn ausgeschlossen. Über die Asylberatung und über Heinz hat er von uns erfahren. Bekannte Prozeduren wiederholten sich. Konrad hatte nach meinem Empfinden zu Anfang Interesse, bei uns unterzukommen, denn seine Rechtslage zwischen Flüchtling und Student war unklar. Die Behörden schubsten ihn vom Asylrecht in den Stipendiatenstatus, dann wieder zurück, sein Aufenthalt in Berlin war mehr als unsicher, mal befristet, immer an der Grenze zur Abschiebung. Seine Situation im Lager in Berlin war zum Studieren denkbar ungeeignet. Er lebte mit einem weiteren Mitbewohner auf 10qm Wohnfläche. Und wieder die Frage, was tun? Wir verabredeten ein Essen bei uns. Er kam mit einem Freund und – bekochte uns!!

Nur wenige können sich noch düster an diesen Abend erinnern. Und düster muß er auch für Konrad gewesen sein. Danach verspürte er keinerlei Interesse mehr, bei uns einzuziehen. Wolle meint dazu: „Keine Ahnung, wo seine schlechten Gefühle uns gegenüber herrührten!“ Ein paar von uns sind mit ihm weiter in Kontakt geblieben, und es entwickelt sich vorsichtige Freundschaft. Es ist allerdings bisher dabei geblieben, daß sich Begegnungen immer außerhalb des Hauses abspielen. Konrad will es so und ist nicht bei uns eingezogen.



Befreite Gebiete? Schön und gut, aber für wen?

Soweit diese kurze Skizze, die hier fragmentarisch bleiben muß. In einer Tendenz zusammengefaßt, erscheint mir das folgende am aufschlußreichsten zu sein:

Im Ablauf von zehn Jahren unseres Wohnkollektivs haben wir mit einem Flüchtling, der in schwieriger Lage war, zusammengearbeitet. Spärliche Kontakte sind geblieben. Er lebt weiterhin in Berlin, mittlerweile legal. Mit einem weiteren Flüchtling haben wir später versucht zu wohnen, sind aber an uns selbst gescheitert. Er lebt weiterhin in Berlin, in der Grauzone, zeitweise illegal. Spärliche Kontakte sind geblieben. Der dritte junge Mann konnte erst garnicht bei uns einziehen, die dennoch freundschaftlichen Kontakte spielen sich außerhalb unserer Wohnung ab.

In der Abfolge dieses Prozesses bilden wir seit 1985 exakt die voranschreitende Ausgrenzung von Minderheiten in dieser Gesellschaft ab. Wir sind weit davon entfernt, gegenläufige Erfahrungen zu sammeln und so Widerstand zu erproben.

Vielleicht liegt es nun für manche, wenn sie bis hierher gelesen haben, auf der Hand, den moralischen Hammer über diesem linken „Freiraum-Projekt“ der achtziger Jahre zu schwingen. Demontage derjenigen, die dazu neigen, ansonsten von Aufbruch, vom „neuen Menschsein“ und von Utopien zu reden. Ich werde das an dieser Stelle nicht tun und auch nicht mit Polemiken meinen eigenen Anteil am

Zustandekommen dieser Situation übertünchen. Aber ich behaupte, daß wir uns in diesen zehn Jahren viel zu konform und defensiv im (anti-)rassistischen Alltagskampf bewegt haben. Daß wir dabei sicherlich nicht die Ausnahme bilden, belegen die oben zitierte L.U.P.U.S.-Analyse genauso wie der Blick hinter die Fassaden von Kollektiven, Betrieben und Kommunen hier in Berlin. Das macht die Situation natürlich nicht einfacher. Im Gegenteil rechtfertigt sie es, sich öffentlich so konkret wie möglich mit eigenen Erfahrungen zu Wort zu melden und Diskussionen untereinander zu initiieren. Mir persönlich fällt es darüber hinaus nach diesem Befund schwer, bezogen auf die eigene Lebenssituation und politische Praxis im Umfeld der Kommunen und Kollektive, weiterhin von den oft zitierten linken Utopien, nach denen wir leben wollen, zu sprechen, von den erkämpften Freiräumen und Gebieten, von der neuen Gesellschaft und den neuen Menschen. Alles beim alten! Befreiungs- und Emanzipationsprozesse, auch wenn sie subjektiv gewollt werden und propagandistisch auf die Fahnen geschrieben gehören, gestalten sich eben – wie hier ausgeführt – erheblich komplizierter. Es braucht einen langen Atem. Und im angestrebten permanenten Prozeß von Veränderung der Gesellschaft und der Menschen haben wir in unserem Haus derzeit keine Erfolgsmeldungen vorzuweisen.

Aber zurück zu der These, unsere Einmischungsversuche in den rassistischen Alltag seien zu konform und defensiv ausgefallen. Diese Kritik unterstellt, daß eine andere Praxis möglich ist oder möglich gemacht werden könnte. Natürlich wünsche ich mir persönlich, daß wir in unserem Hausprojekt (und nicht nur dort) mit der Methode der Bilanzierung zu veränderten und wirksameren Konzepten antirassistischer Arbeit finden. Allerdings: Rezepte liegen mir nicht vor. Aber am Einmischen in die Verhältnisse und gegen sie, und damit auch am Risiko, selber Fehler zu machen, will ich festhalten. Ganz im Sinne von Erich Frieds prägnantem und einfühlsamem Gedicht über die „Zeit“, in dem er am Schluß klarstellt:

„Wenn wir das Leben lieben/ können wir nicht ganz lieblos/ gegen diese unsere Zeit sein/ Wir müssen sie ja nicht genauso/ lassen, wie sie uns traf.“ (Fried 1988, S. 31)

Einmischen gegen den rassistischen Alltag braucht nicht zuletzt die Grundlage eines entwickelten antirassistischen Diskurses, in dem über Erfahrungen gesprochen wird, auch über Zielrichtungen politischer Arbeit und über ihre Nähe zu linker Utopie von Herrschaftsfreiheit und Überwindung der Ausbeutung nachgedacht wird. Zum Schluß können dann vielleicht auch praktische Handreichungen und Tips weitergegeben werden.

Unsere geschilderten Erfahrungen im Wohnprojekt lassen vielleicht die Nachfrage zu, ob nicht zu naiv von einer Projektion ausgegangen

wurde, die meinte, alle Menschen würden fraglos genauso gern wie wir in der Kommune leben. Und alle andersgearteten kulturellen und politischen Voraussetzungen der Einzelnen wären leicht und sogar undiskutiert zu überwinden.

Unberücksichtigt blieb auch, daß die meisten von uns auf der existentiell abgesicherten Seite der Gesellschaft ihren Platz haben und keineswegs zu den Opfern des herrschenden Systems zu zählen sind (allenfalls zu den Unzufriedenen). Hier liegt die Denkfalle einer undifferenziert angewandten Gleichheitsforderung offen zutage.

Auf der sozialen Ebene des Zusammenlebens ist die Option politischer Gleichheit zwar auch grundlegender Orientierungspunkt, der erst noch zu verwirklichen ist, aber hier, im Miteinanderleben, gilt es daraufhin, die Vielfältigkeit von Lebensumständen zu erfassen. Hier bedeutet die Konstruktion einer Homogenität aller KommunardInnen durchaus eine Verschleierung von real existierenden Unterschieden, die entweder überwunden werden sollten, soweit es um Opfer – Täter – Zusammenhänge geht, oder die letztlich akzeptiert und angenommen werden sollten, soweit es um kulturelle Autonomie und Identität geht. Diese beiden Ebenen des Kampfes um Gleichstellung wie auch der Akzeptanz von Vielfalt sollten nicht durcheinander geraten. Die antirassistische Praxis von KommunardInnen sollte sich also zuerst über den eigenen Zugang zu dieser Arbeit Klarheit verschaffen.

Ausgehend von unseren Erfahrungen könnte abschließend ein erster Katalog zusammengestellt werden, was zu tun wäre:

- * Kontakt aufnehmen mit antirassistischen Gruppen, vielleicht anfangen, dort kontinuierlich mitzuarbeiten.
- * Im Haus oder im sonstigen Kollektiv verabreden, wie und wieweit unterstützende Arbeit für Flüchtlinge von allen getragen werden kann.
- * Über die Grenzen des eigenen Eingreifens reden, auch über die Angst vorm Eingreifen.
- * Was spricht dagegen, sich in eine bestehende Telefonkette, bspw. eines antirassistischen Telefons, einzuhängen, und was spricht dafür?
- * Welche Kriterien sind wichtig, wenn Leute im eigenen Haus aufgenommen werden sollen?
- * Wer wäre in der Lage, Übernahme von Verantwortung, zeitliches Engagement von einzelnen auszugleichen? Verabredungen untereinander sind nötig, bevor (!!) eingegriffen werden soll/muß. Sie erleichtern eine zielgerichtete Praxis.

Wir haben in unserem Wohnprojekt Erfahrungen machen müssen, mit denen wir selber, aber noch mehr die zeitweilig mit uns lebenden Flüchtlinge bezüglich der Sehnsucht nach selbstbestimmtem Leben

im Regen stehen. Es ist also geboten, einmal innezuhalten und Bilanzen aufzumachen. Befreite Gebiete zu propagieren ist ja gut und schön, aber für wen soll das gelten? Wann verwandeln sich ehemals besetzte Räume und Häuser in erstarrte privilegierte Ghettos? Wenn ich innehalte, träume ich von befreiten Gebieten und unübersichtlichen Fluchtburgen, in denen alle BewohnerInnen nach ihren Bedürfnissen zum Zuge kommen und erstmal abgeschirmt vor staatlichen und rassistischen Übergriffen leben können. Kollektives Wohnen und Arbeiten schließt den Widerstand und die Subversion gegen die kaltmachenden Strukturen in der Gesellschaft und innerhalb der eigenen Projekte notwendig mit ein.

Verwendete Literatur

Erich Fried (1988), Unverwundenes. Liebe, Trauer, Widersprüche. Gedichte, Berlin

Geronimo (1990), Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen. Ein Abriß, Berlin / Amsterdam

Wolfgang Kraushaar (1978), Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung, in: Autonomie oder Ghetto? Kontroversen über die Alternativbewegung, herausgegeben von Wolfgang Kraushaar, Frankfurt/M.

L.U.P.U.S. (1992), Doitschprüfung, in: L.U.P.U.S. (Hrsg.), Geschichte, Rassismus und das Boot. Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse, Berlin / Amsterdam

Karl-Ludwig Schibel (1985), Das alte Recht auf die neue Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der Kommune seit dem Mittelalter, Frankfurt/M.

Gunnar Seitz (1991), Anarchie und Kommune, in: Anarchismus heute. Positionen, herausgegeben von Hans-Jürgen Degen, Bösdorf

Klaus Viehmann (1992), „.... zu mehr in der Lage“, in: Odranoel. Die Linke zwischen den Welten, herausgegeben vom AutorInnenkollektiv PIZZA, Hamburg